

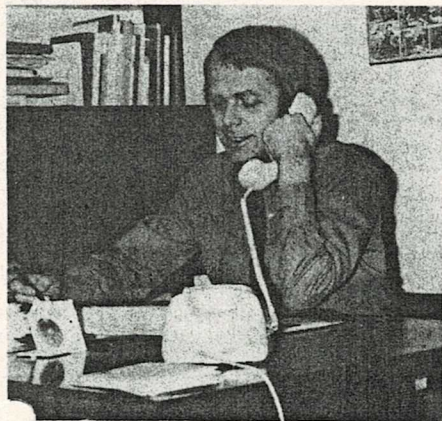
unsere junge stadt **georgsmarienhütte** im gespräch

Nr. 6

Mai 1974

Herausgeber:
SPD – Ortsverein Georgsmarienhütte
Verantwortlich:
W. Beckmann, Osningstraße 13,
und K. Kraegeloh, Im Siek 20
Erscheinungsweise: viermal jährlich
Auflage: 9000
Druck:
R. Lamkemeyer, Georgsmarienhütte

Ihr Kandidat für die Landtagswahl '74: Hans Kaiser, SPD



Hans Kaiser wurde am 5. Dezember 1938 in Georgsmarienhütte geboren, wuchs in Oesede auf und wohnte bis 1964 in Georgsmarienhütte. Er ist seit 1964 verheiratet und wohnt in Hagen a.T.W., Mentruper Esch 28.

Er besuchte die Grundschule in Oesede und anschließend die Mittelschule in Georgsmarienhütte, wo er 1955 die mittlere Reife erwarb. Er erlernte in Osnabrück das Handwerk des Elektromaschinenbauers und arbeitete anschließend etwa ein halbes Jahr bei den Klöckner-Werken in Georgsmarienhütte. Nach zweijährigem Besuch des Braunschweig-Kollegs machte er nachträglich das Abitur und nahm 1961 sein Studium an der Universität Hamburg auf, um Berufsschullehrer zu werden. Er ist Studienrat und arbeitet seit 1966 an den Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen des Landkreises in Osnabrück an der Brinkstraße.

Hans Kaiser wurde 1968 erstmals in den Rat der Gemeinde Hagen a.T.W. gewählt und ist seitdem ununterbrochen Vorsitzender der SPD-Fraktion.

Auch in der Partei hat Hans Kaiser wichtige Aufgaben übernommen. Er ist Vorsitzender der SPD im Landkreis Osnabrück, Mitglied des SPD-Bezirksvorstandes Weser-Ems und des SPD-Landesausschusses Niedersachsen. Er leitet gegenwärtig die hochschulpolitische Kommission beim Bezirksvorstand und die schulpolitische Kommission der SPD auf Landesebene.

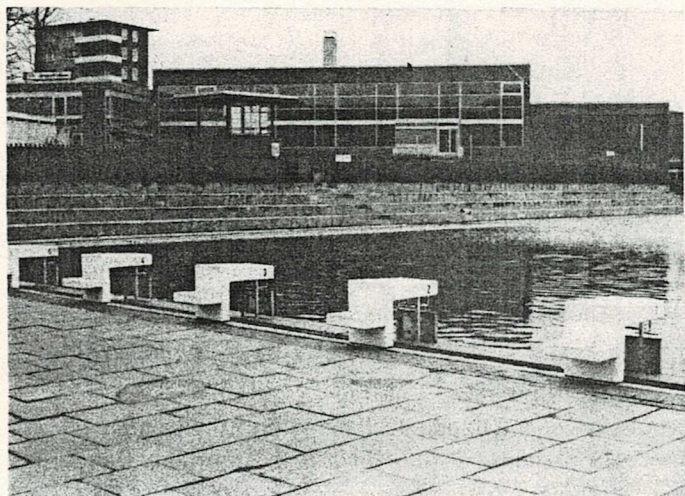
1970 wurde Hans Kaiser in den Niedersächsischen Landtag gewählt und ist seitdem Mitglied des Kultusausschusses. Er ist Experte seiner Fraktion für Fragen der beruflichen Bildung.

Einen besonderen Vertrauensbeweis erhielt Hans Kaiser bei der Aufstellung der Landesliste: die Landesdelegiertenkonferenz setzte ihn einstimmig auf den hervorragenden Platz 9.

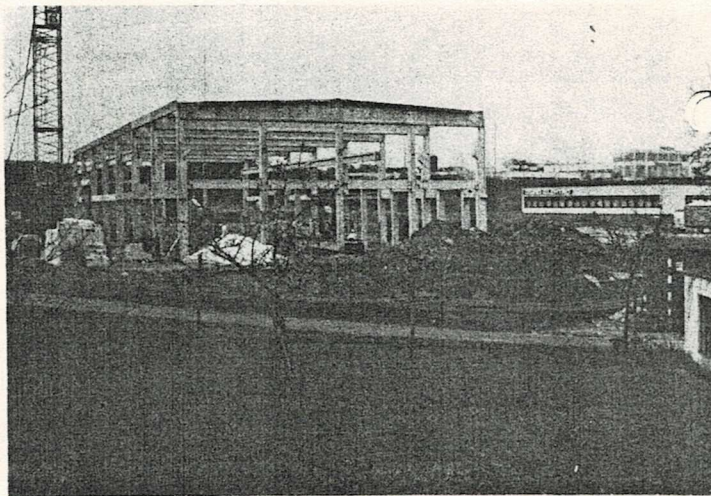
INHALT	Seite
Land fördert Georgsmarienhütte	2
Schlußlicht im Preisanstieg	3
Leichte Wahl	3
Kindergeld für das erste Kind	4
Bildungsurlaub	4
Interview mit Dr. Emmerlich MdB	5
Erfolg am 9. Juni	6
Neues Schulgesetz	7
Reform der beruflichen Bildung	8
CDU und die Inflation	8

Hans Kaiser:

Das Land fördert Georgsmarienhütte



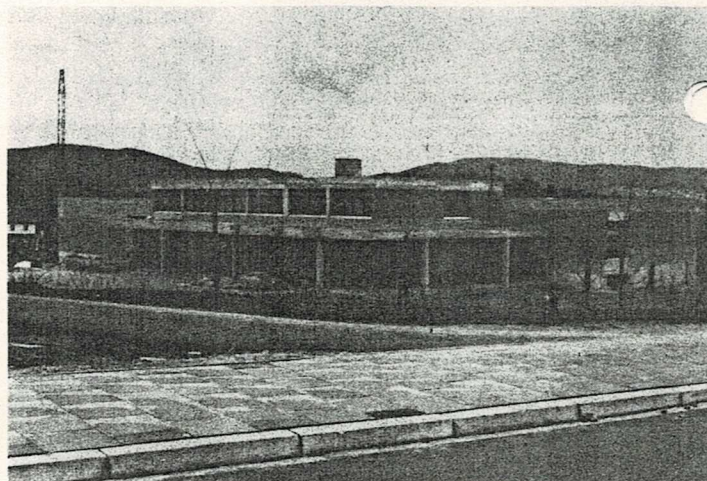
Hallen- und Freibad Georgsmarienhütte



Industrieansiedlung in Georgsmarienhütte-Harderberg

Die Stadt Georgsmarienhütte ist ein treffendes Beispiel für die Bereitschaft der Niedersächsischen Landesregierung, den Raum Osnabrück-Georgsmarienhütte in besonderem Maße zu fördern.

Rund 3 Millionen DM hat das Land für die Erschließung des Industriegebietes Harderberg bereitgestellt. Für das Hallenfreibad in Alt-Georgsmarienhütte gab es 550 000 DM, für die Sporthalle der Michaelisschule Oesede 230 000 DM und für den Schulneubau in Kloster Oesede 180 000 DM Landesmittel. Die Stadtsanierung in Alt-Georgsmarienhütte (Alte Kolonie) ist in den Jahren 1971 bis 1974 aus Bundes- und Landesmitteln mit rund 725 000 DM gefördert worden. An dem Ausbau des Stadtkrankenhauses in Alt-Georgsmarienhütte beteiligt sich das Land mit 3,5 Millionen DM.



Schulerweiterung in Kloster Oesede

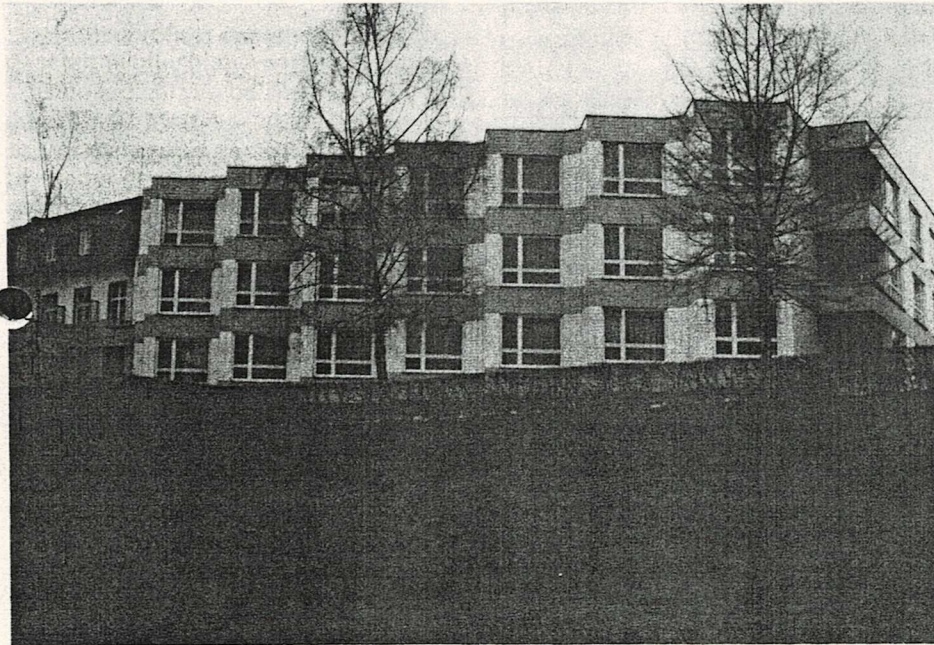
Bundesrepublik Schlußlicht im Preisanstieg

Das „Handelsblatt“ veröffentlichte in seiner Ausgabe vom 15. 4. 74 folgende Notiz:

„Von allen Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) schnitt die Bundesrepublik im Kampf gegen die Inflation am besten ab.

Im Anfang März 1973 bis Ende Februar 1974 verzeichnete sie einen Anstieg der Verbraucherpreise von nur 7,6%. Eine geringere Preissteigerung hat kein anderes Mitgliedsland. In sämtlichen OECD-Ländern erhöhten sich die Preise innerhalb der Berichtszeit im Durchschnitt um 12%, in den

neun Ländern der Europäischen Gemeinschaft um 10,9%. Die höchsten Inflationsraten verzeichneten Griechenland mit 33,4, Island mit 32,2, Japan mit 26,3 und Portugal mit 19,3%. Dann folgten Finnland (17,4), Spanien (14,2), Dänemark (13,5) sowie Australien, Italien und England (13,2). Frankreich erreichte eine Inflationsrate von 11,5, Schweden von 10,2, die USA und die Schweiz von je 10%. Unter 10% lagen Kanada mit 9,6, Norwegen mit 8,8, Holland mit 8,5, Österreich mit 8,4 sowie Belgien und Luxemburg mit je 8,3%. Die Türkei hatte eine Inflationsrate von 19,2%, Irland von 13,2%, Neuseeland von 10,2%.“



Der Krankenhaus-Erweiterungsbau Georgsmarienhütte wurde von der Landesregierung mit 3,5 Millionen DM gefördert.

Leichte Wahl

Auch in der Bildungspolitik haben die Niedersachsen am 9. Juni leichte Wahl: Die Diskussion um den Schulgesetzentwurf der sozialdemokratischen Landesregierung zeigt deutlicher als noch vor vier Jahren den Unterschied von sozialdemokratischer Bildungspolitik und dem, was die CDU als „Alternative“ bietet. Demokratie und Chancengleichheit sind die Ziele sozialdemokratischer Reformpolitik im Bildungsbereich. Der kurzfristige Abbau bestehender Mißstände und Mängel und der gleichzeitige Versuch, die Reform unserer Schulen schrittweise voranzutreiben, kennzeichnen vier Jahre sozialdemokratischer Bildungspolitik in Niedersachsen.

Dieser Politik hatte die CDU nur ein blumig umschriebenes „Aber“ entgegenzusetzen. Und je näher der Wahltag rückt, desto deutlicher wird es: Auch im Bildungsbereich entlarvt sich die CDU als Interessenspartei. Nicht um eine Verbesserung von Chancen der Unterprivilegierten geht es ihr, sondern um die Sicherung von Vorrechten der ohnehin privilegierten Nutznießer des jetzigen Schulsystems. Das geht so weit, daß die CDU in Niedersachsen sogar offen von der Stufenschule des Bildungsgesamtplanes abrückt. In bester Übereinstimmung mit den Vertretern der Standesinteressen der Gymnasiallehrer. Eine Reform unserer Schulen ist von dieser Partei jedenfalls nicht zu erwarten.

Kindergeld schon für das erste Kind

Im Zuge der Steuerreform wird der Familienlastenausgleich zugunsten der Bezieher mittlerer und kleiner Einkommen verbessert.

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung sieht vor, daß von der monatlichen Steuerschuld für das 1. Kind 50 DM, für das 2. Kind 70 DM und für das dritte und jedes weitere Kind 120 DM abgezogen werden. Von der bisherigen Regelung (Kinderfreibeträge, die bei der Berechnung der Steuerschuld vom Einkommen abgezogen werden) profitieren Großverdiener mit hohem Steuersatz ungleich stärker als Normalverdiener.

So wirkt sich die Reform aus:

Beispiel 1

Arbeitnehmer, verheiratet, 1 Kind, monatlicher Bruttolohn 1600 DM.

Steuerlicher Vorteil heute:
monatlich 19 DM,
Steuervorteil ab 1. 1. 75:
monatlich 50 DM.

Jährliche Steuerersparnis 600 DM, also 372 DM mehr!

Beispiel 2

Arbeitnehmer, verheiratet, 3 Kinder, jährl. Bruttoeinkommen 16 000 DM.
Steuerlicher Vorteil heute:
monatlich 74 DM plus 85 DM Kindergeld, also monatlich 159 DM.
Steuervorteil ab 1. 1. 75:
monatlich 240 DM.

Jährliche Steuerersparnis 2880 DM, also 972 DM mehr!

Die Gesamtaufwendungen für den Kinderlastenausgleich werden durch diese Neuregelung von 11 auf 15 Milliarden DM steigen.



Sporthalle der Michaelisschule in Georgsmarienhütte-Oesede

Zwei Wochen Bildungsurlaub

„Jeder Arbeitnehmer erhält Anspruch auf zwei Wochen bezahlten Bildungsurlaub!“ Dies ist der Kern eines von der SPD-Landtagsfraktion eingebrachten und inzwischen vom Landtag verabschiedeten Gesetzes.

Der Bildungsurlaub dient der politischen, beruflichen und allgemeinen Weiterbildung. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, pro Jahr und Arbeitnehmer 1,5 Tage Bildungsurlaub zu gewähren. Gewähren sie diesen Urlaub nicht, zahlen sie eine Ausgleichsabgabe, die über einen zentralen Fonds zur Erweiterung und Verbesserung des Bildungsangebotes verwendet wird. Die Belastung der Wirtschaft ist minimal. Unter Berücksichtigung der Zahl der vorhandenen Bildungsveranstaltungen ist eine Quote festgelegt worden, die zur Zeit jedem Arbeitnehmer etwa alle drei bis vier Jahre einen einwöchigen Bildungsurlaub ermöglicht. Dies ist, wie der Deutsche Gewerkschaftsbund Niedersachsen erklärt hat, „eine realistische, finanziell und bildungspolitisch zu verkraftende Größenordnung“. Sie muß Zug um Zug erweitert werden, bis jeder Arbeitnehmer in jedem Jahr den vollen Bildungsurlaub in Anspruch nehmen kann.

Landtagswahl '74 – die Reformpolitik sichern helfen!

Interview mit Dr. Alfred Emmerlich MdB, Osnabrück

Georgsmarienhütte im Gespräch (gig):

Nach Umfrageergebnissen beurteilt die überwiegende Mehrheit der Bürger die wirtschaftliche Situation positiv, ist jedoch in Sorge um die allgemeine wirtschaftliche Lage. Wie sehen Sie die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik?

Dr. Emmerlich:

In der niedersächsischen Wirtschaft, dem Mitteilungsblatt der niedersächsischen Industrie- und Handelskammern Nr. 8/74, ist festgestellt, die Bundesrepublik sei in der Wirtschaftspolitik Sieger der Nationenwertung, ihr gebühre die Goldmedaille. Diese Feststellung ist zutreffend. Die Bundesregierung hat in der gesamten westlichen Welt im vergangenen Jahr die erfolgreichste Wirtschaftspolitik betrieben. Das wird außerhalb unseres Landes voll anerkannt. In der „Washington-Post“ vom 20. Februar 1974 heißt es zum Beispiel: „Die Bundesrepublik Deutschland setzt ihr kontinuierliches Wachstum in Wohlstand und ökonomischer Macht in viel schnellerem Tempo fort als irgendeiner ihrer Handelspartner. Der Wert der Deutschen Mark hat sich in den letzten fünf Jahren sowohl gegenüber dem Dollar als auch dem französischen Franc um rd. 50% erhöht. Die Bundesrepublik Deutschland verkaufte im letzten Jahr

für 13 Milliarden Dollar mehr, als sie im gleichen Zeitraum kaufte, der größte Außenhandelsüberschuß irgendeines Landes in irgendeinem Jahr. Die Währungsreserven der Bundesrepublik sind nicht nur die höchsten in Europa, sondern auch mehr als doppelt so hoch wie die der Vereinigten Staaten von Amerika . . .“

gig:

Trotzdem kann man es niemandem übelnehmen, wenn er mit der Preisentwicklung unzufrieden ist.

Dr. Emmerlich:

Niemand ist mit den steigenden Preisen zufrieden. Es nützt doch niemandem und kann uns allen schaden, wenn über die Möglichkeiten der Regierung, die Preissteigerung zu bekämpfen, falsche Vorstellungen verbreitet werden. Wir müssen uns insbesondere im klaren darüber sein, wie sehr wir von den Weltmarktpreisen abhängig sind. Ca. 20% des Inlandverbrauchs sind importiert. Bei den importierten Waren beläuft sich aber die durchschnittliche Preissteigerung auf 35%. Abgesehen davon – die Regierung hat keinen unmittelbaren Einfluß auf die Preisgestaltung der Wirtschaft. Sie kann nur mittelbar Einfluß nehmen, indem sie das allgemeine Wirtschaftsklima je nach Konjunkturlage durch

Bremsen oder Gasgeben zu beeinflussen sucht. Die Bundesregierung hat die ihr gegebenen Möglichkeiten entschlossen wahrgenommen. Infolgedessen ist der Preisanstieg in der Bundesrepublik der geringste in der gesamten westlichen Welt. In allen OECD-Ländern hat er im Schnitt 12% betragen. Die Bundesrepublik liegt um 4,4 Punkte besser.

gig:

Nicht wenige Bürgerinnen und Bürger haben den Eindruck, daß es mit den Reformen nicht richtig weitergeht.

Dr. Emmerlich:

Die Reformpolitik wird unbeirrt fortgesetzt: Wichtige Reformen konnten schon im ersten Jahr der Legislaturperiode verabschiedet werden: Personalvertretungsgesetz, Schutz für Jugendvertreter, Volljährigkeit, Bundesimmissionsschutzgesetz, Novellierung des Sozialhilfegesetzes, Verbesserung der Krankenversicherung (keine Aussteuerung mehr, Haushaltshilfe und Krankengeld bei Erkrankung der Kinder), Betriebsärztegesetz, Schwerbehindertengesetz, Kartellgesetz, Abzahlungsgesetz, Verbot der Gerichtsstandsvereinbarungen, Grundsteuer-, Erbschaftsteuer-, Schenkungssteuer-, Vermögenssteuer- und Gewerbesteuerreform, um nur einige zu nennen.

Andere Reformen sind auf den Weg gebracht (z. B. Mitbestimmung, Jugendarbeitsschutzgesetz, Gesetz zur Verbesserung der betrieblichen Altersversorgung, Konkursausfallgeld, Rehabilitationsgesetz, Gesetz über die Sozialversicherung Behinderter, Lebensmittelgesetz, Arzneimittelgesetz und die Reform der Einkommensteuer mit dem Familienlastenausgleich sowie schließlich die Reform des Bodenrechts). Alle diese Reformen kann der Bundestag bis 1976 verabschieden. Dann werden die Jahre von 1972 bis 1976 als die Periode in die deutsche Geschichte eingehen, in der wie in keinem vergleichbaren Zeitraum der Nachkriegsgeschichte eine Erneuerung des staatlichen und gesellschaftlichen Lebens gelungen ist.

gig:

Wird die CDU/CSU-Mehrheit des Bundesrates die Reformpolitik aber nicht zum Scheitern bringen?

Dr. Emmerlich:

Die Opposition versucht in der Tat, über den Bundesrat die durch die Wahlen im Jahre 1972 zustande gekommene Mehrheit des Bundestages zu blockieren. Das ist ihr bisher nicht gelungen. Deshalb setzt sie alles daran, die Mehrheitsverhältnisse im Bundesrat zu ihren Gunsten zu verändern. Daraus ergibt sich die über die eigentliche Landespolitik hinausgehende Bedeutung der Niedersachsenwahl am 9. Juni 1974. Alle Mitbürger, die die Zukunft unseres Landes sichern wollen und deshalb für die notwendigen Reformen eintreten, bitte ich sehr herzlich, am 9. Juni 1974 dem Versuch der CDU, auf dem Umweg über eine Landtagswahl zu einem Reformstopp zu kommen, eine deutliche Absage zu erteilen.

Peter von Oertzen:

Erfolg am 9. Juni

Am 9. Juni wird in Niedersachsen ein neuer Landtag gewählt. Es ist das Ziel der Sozialdemokratischen Partei, auch in der nächsten Legislaturperiode die Regierungsverantwortung zu übernehmen.

Die letzten vier Jahre haben gezeigt, daß Sozialdemokraten beharrlich arbeiten, um Niedersachsen zu einem leistungsfähigen Industrie- und Agrarland zu machen, die Lebenslage der arbeitenden Menschen zu verbessern und die soziale Demokratie auszubauen. Wir wissen, daß wir nicht alles erreicht haben, was wir uns 1970 vornahmen. Dennoch können wir sagen: Die Bilanz ist positiv:

- 120 000 Arbeitsplätze wurden neu geschaffen bzw. gesichert.
- Mehr als 30 000 Kindergartenplätze sind neu entstanden.
- Mehr als 11 000 Lehrer wurden neu eingestellt.
- Der Bau von 45 000 Wohnungen wurde gefördert.
- Die Gemeindereform in Niedersachsen konnte erfolgreich abgeschlossen werden.

Unser Programm für die nächste Legislaturperiode liegt vor. Schritt für Schritt die Problemliste eines strukturschwachen Landes zu ver-

kürzen – das haben sich die Sozialdemokraten für die kommenden vier Jahre vorgenommen.

Die Schwerpunkte unserer Arbeit sind: die Sicherung der Vollbeschäftigung, der Ausbau unseres Gesundheitswesens, die Verbesserung des Umweltschutzes und die Fortführung der Bildungspolitik, die allen Heranwachsenden mehr Chancen bietet.

Sozialdemokraten haben die Männer und Frauen, die dieses Programm verwirklichen können. An der Spitze steht Alfred Kubel, ein Mann, der in mehr als 25 Regierungsjahren seine Qualitäten bewiesen hat: Einsicht in das Mögliche, zielbewußtes Verfolgen des Notwendigen, Aufrichtigkeit sich selbst und den Bürgern gegenüber.

Diese Landtagswahl ist auch bundespolitisch von großer Bedeutung: Die CDU/CSU-regierten Länder machen den Bundesrat mehr und mehr zum Gremium ihrer Parteitaktik. Diese Entwicklung muß gestoppt werden.

Die SPD wird sich auch in schwierigen Situationen nicht entmutigen lassen. Wenn wir alle Kräfte zusammenfassen, wird der Erfolg am 9. Juni nicht ausbleiben.

Mehr Demokratie und Chancengleichheit in Niedersachsens Schulen

Neues Schulgesetz vom Landtag verabschiedet

Am 9. Mai 1974 hat der Niedersächsische Landtag mit den Stimmen der sozialdemokratischen Abgeordneten und gegen den Widerstand der CDU das Schulgesetz verabschiedet. Mit diesem Gesetz hat die sozialdemokratische Landesregierung ihr selbst gestecktes Ziel erreicht, für die Schulreform in dieser Wahlperiode eine umfassende gesetzliche Grundlage zu schaffen. Mehr Demokratie und Chancengleichheit in unseren Schulen sind die erklärten Ziele des Gesetzes, dem die CDU keine Alternative entgegenzusetzen hatte. Das neue Schulgesetz wird diesen Zielen gerecht. Es bringt Verbesserungen für Lehrer, Eltern und Schüler. Mit dem neuen Schulgesetz wird nicht nur die wichtige inhaltliche Reform unseres Schulwesens eingeleitet – es sichert den Schulträgern erstmals beträchtliche finanzielle Zuschüsse des Landes.

Das sind die Schwerpunkte des neuen Schulgesetzes. Es tritt mit Schuljahresbeginn im August 1974 in Kraft:

- Unser Schulwesen wird durchlässiger. Bildungspolitische Sackgassen, die den Bildungsgang eines Schülers häufig zu früh beenden, werden beseitigt. Mit der vorgesehenen 10. Klasse an der Hauptschule, dem Berufsgrundbildungsjahr und der Ausweitung des Berufsschulunterrichts in Teilzeitform und der Einführung von Blockunterricht stehen die Schulformen im Mittelpunkt der Reform, die in den vergangenen Jahren häufig benachteiligt wurden.

- Das Schulangebot, besonders in ländlichen Gebieten, wird erweitert. Das Bildungsgefälle zwischen Stadt und Land weiter verringert. Dies wird erreicht durch eine Neuordnung unserer Schulen nach Schulbereichen und eine gesetzlich geregelte Schulentwicklungsplanung.
- Die Einführung von Vorklassen wird zum Abbau von Bildungsschranken beitragen.
- Das Verhältnis von Schulverwaltung und Schule wird neu geregelt. Die Schulen werden selbständiger. Die Lehrer können zusammen mit Eltern und Schülern den Unterricht selbständig planen und gestalten.
- Das Schulgesetz macht Schluß mit überkommenen Hierarchien. An die Stelle des dienstvorgesetzten Schulleiters tritt in Zukunft die Gesamtkonferenz als entscheidendes Gremium. Ihr gehören die Lehrer und pädagogischen Mitarbeiter der Schule und Vertreter von Eltern und Schülern an.
- Das Schulgesetz garantiert Eltern und Schülern erstmals wichtige Rechte auf allen Ebenen des Schulwesens:
 - In den Gesamtkonferenzen der Schulen haben ihre Vertreter volles Stimmrecht.
 - Auf Gemeinde-, Kreis- und Stadtebene wirken Schüler und Elternräte an der Schulreform und Schulplanung mit.
 - Der Landeselternrat wirkt bei den bildungspolitischen Entscheidungen

auf Landesebene mit. Zum ersten Mal wird ein Landesschülerrat geschaffen.

- Das Land verpflichtet sich gesetzlich, jährlich mindestens 200 Mio DM für den Schulbau zur Verfügung zu stellen.
- Der Schülertransportzuschuß des Landes wird gesetzlich abgesichert. Das Ziel, die Transportkosten voll aus öffentlichen Mitteln zu tragen, rückt näher.
- Die Lernmittelfreiheit wird als nächstes Ziel, das bei entsprechenden finanziellen Voraussetzungen durchzusetzen ist, ausdrücklich genannt. Bis dahin können Erziehungsbeihilfen gewährt werden.
- Das Land übernimmt die kommunalen Schulassistenten und schafft in den nächsten Jahren für diese Tätigkeit rund tausend weitere Planstellen.

Das mit den Stimmen der SPD-Landtagsabgeordneten und gegen den Widerstand der CDU und des Philologenverbandes beschlossene neue Schulgesetz ist ein Angebot zur Mitarbeit an der Schulreform für Eltern, Lehrer und Schüler. In ihm manifestieren sich die bildungspolitischen Ziele der SPD.

Deshalb muß verhindert werden, daß am 9. Juni eine Regierung gewählt wird, die diese wichtigen Errungenschaften wieder demontieren will. Helfen Sie am 9. Juni, daß das Schulgesetz in den kommenden 4 Jahren mit Inhalt gefüllt wird!

Hans Kaiser:

Reform der beruflichen Bildung geht voran

Mehr als 2 Millionen junge Menschen in der Bundesrepublik (rund 80 % ihrer Altersgruppe) stehen in einem Berufsausbildungsverhältnis, besuchen berufliche Vollzeitschulen oder treten ohne Berufsausbildung (bei gleichzeitigem Besuch der Berufsschule) in die Arbeitswelt ein. Rund 1,4 Millionen von ihnen erhalten eine Berufsausbildung im sogenannten dualen System (Lernorte Betrieb und Schule).

Die Verbesserung ihrer Ausbildung, die Erweiterung ihrer Bildungschancen über die Berufsvorbereitung hinaus sind vordringliche Aufgaben, die Bundesregierung und Landesregierung entschlossen angepackt haben.

Maßnahmen der Bundesregierung:

- Neue Ausbildungsordnungen für mehr als 50 Ausbildungsberufe. Davon profitieren mehr als eine halbe Million Auszubildende.
- Mehr als 100 veraltete Berufe wurden gestrichen.
- Die Anforderungen an die Qualität der Ausbilder wurden erhöht.
- Die Qualität der Ausbildungsbetriebe wird verstärkt überwacht.
- Die Förderung überbetrieblicher Ausbildungsstätten wird intensiviert. Von 1974 bis 1976 sollen 180 Millionen DM für 10000 neue Ausbildungsplätze bereitgestellt werden.
- Mit den Ländern wurde eine Vereinbarung zur besseren Abstimmung von Ausbildungsordnungen für Betriebe und Rahmenlehrplänen für die Schulen getroffen.

Maßnahmen der Landesregierung:

- Verbesserung der Lehrerversorgung an Berufsschulen. Allein im gewerblichen Bereich wird die Zahl der Studienreferendare 1974 dreimal so groß sein wie 1972.

- Ausbau der beruflichen Vollzeitschulen. Die Zahl der Schüler stieg in Berufsfachschulen von 1970 bis 1972 um 30 %, in Fachoberschulen um 206 %, in Fachgymnasien um 28 %.
- Sinnvolle Schulentwicklungsplanung mit dem Ziel, hinreichende Schulgrößen zu schaffen und die Zusammenarbeit mit den gymnasialen Oberstufen zu ermöglichen.

Der Niedersächsische Landtag hat

durch Gesetz die Einführung des Berufsgrundbildungsjahres (erstes Jahr der Berufsausbildung, Vollzeitschuljahr) und des Blockunterrichts (Zusammenfassung der einzelnen wöchentlichen Schultage in Berufsschulen zu Blöcken) ermöglicht. Mit dem neuen Schulgesetz wird das Unterrichtssoll an Berufsschulen auf 12 Stunden pro Woche erhöht (zweiter Berufsschultag!) und der Erwerb weiterführender Bildungsabschlüsse während der Berufsausbildung ermöglicht.

Wie die CDU die Inflation bekämpfen würde . . .

Professor Biedenkopf, ehemaliges Vorstandsmitglied eines großen Waschmittelkonzerns und jetziger CDU-Generalsekretär, hat in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ in bemerkenswerter Weise offengelegt, wie denn die CDU die Inflation bekämpfen würde. Sein Konzept: Abschaffung der Tarifautonomie, Arbeitslosigkeit und Senkung der sozialen Ausgaben von Staat, Ländern und Gemeinden. Er bedient sich zwar der verschleiern Sprache der Wissenschaft, aber die Ziele lassen sich nicht verbergen. Er, der stets das „Allgemeinwohl“ im Auge hat, sieht zur Abbremsung der Lohnentwicklung, die seiner Meinung nach unbedingt notwendig ist, „damit die Wirtschaft einen regelmäßigen Investitionsaufwand finanzieren kann“, zwei Möglichkeiten: die Arbeitslosigkeit zu erhöhen und mit Staatsautorität Lohnorientierungsdaten durchzudrücken. Biedenkopf schlägt sogar vor, die Arbeitslosenstatistik zu beeinflussen. „Die Arbeitslosigkeit muß statistisch ganz anders erfaßt werden.“

Der Generalsekretär der CDU will, daß die Tarifverträge im öffentlichen Dienst der „Ratifikation der Parlamente bedürfen“. Tatsächlich bedeutet das, daß

die Parlamente der Gewerkschaft mit entsprechenden Mehrheiten drohen könnten, und welche Gewerkschaft in der BRD könnte es wagen, gegen die Volksvertretung zu streiken? Gewinne und Preise sollen allerdings nicht von der Volksvertretung „ratifiziert“ werden, denn das wäre ja ein Eingriff in die freie Marktwirtschaft. Als flankierende Maßnahmen sollen noch die Ausgaben der Haushalte gedrosselt werden, insbesondere die „öffentlichen Dienstleistungen“, also Sozialleistungen, Gesundheitswesen, öffentlicher Nahverkehr usw. Darauf angesprochen, daß solche Maßnahmen die Arbeitnehmer und hier gerade die Einkommensschwachen doppelt treffen würden, nämlich durch Einkommensverringerung und über Haushaltskürzungen auf dem sozialen Sektor, hat Herr Biedenkopf eine einfache Antwort parat: „Ein Volk, das die Inflation wieder in den Griff bekommen will, muß sich einfach damit abfinden, daß gespart werden muß.“ So einfach ist das, so hat es der Herr Professor Biedenkopf im Waschmittelkonzern gelernt, der alles weißer wäscht als weiß, mag es auch noch so schmutzig sein.

Gerhard Groskurt